



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 04.02.2025
*öffentlich***

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:10 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Claudia Schmidt

Paul Backmund

Carsten Heym

Birgit Marks

Jan Riedel

Hendrik Lange

Dr. Silke Burkert

Melanie Ranft

Dr.med. Detlef Wend

Andreas Schachtschneider

Yvonne Krause

Cordula Henke

Maximilian Kullack

Friedrich Lemberg

Jenny Rudek

André Scherer

Andreas Slowig

Nicole Esther Walldorf

Martin Wiechmann

Ausschussvorsitzende

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

AfD-Stadtratsfraktion Halle

AfD-Stadtratsfraktion Halle

AfD-Stadtratsfraktion Halle

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Volt/MitBürger

Fraktion Hauptsache Halle

Fraktion der Freien Demokraten (FDP) /

FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle (Saale)

Sachkundige Einwohnerin

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner

Sachkundige Einwohnerin

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner

Sachkundige Einwohnerin

Sachkundiger Einwohner

Gäste

Tobias Held

Steuergruppe DigitHal

Entschuldigt fehlten:

Jenny Rudek

Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung

Katharina Brederlow

Alexander Frolow

Christian Hiepe

Annika Seidel-Jähmig

Markus Petzold

Susanne Schultze

Frank Trögel

Janine Tauchert

Beigeordnete Bildung und Soziales

Fachbereichsleiter Bildung

Leiter Abteilung Schule

Referentin Geschäftsbereich Bildung und Soziales

Schulnetzplaner

Leiterin Abteilung Hochbau Schulen

Leiter Team Sonderbauvorhaben

Koordinatorin IT Team Schulausstattung

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Schmidt eröffnete die Sitzung des Bildungsausschusses und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Schmidt teilte mit, dass der Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag des Stadtrates Dr. Detlef Wend (Fraktion Volt MitBürger) zur Minderung der Segregationsfolgen an halleschen Grundschulen zurückgezogen wird.

- 6.1.1. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag des Stadtrates Dr. Detlef Wend (Fraktion Volt MitBürger) zur Minderung der Segregationsfolgen an halleschen Grundschulen (VIII/2024/00507)
Vorlage: VIII/2025/00722 **zurückgezogen**

Frau Dr. Burkert teilte mit die SPD-Fraktion ihren Änderungsantrag zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion zurückzieht.

- 6.1.1.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag des Stadtrates Dr. Detlef Wend (Fraktion Volt / MitBürger) zur Minderung der Segregationsfolgen an halleschen Grundschulen - VIII/2025/00722
Vorlage: VIII/2025/00811 **zurückgezogen**

Des Weiteren bat **Frau Schmidt**, dass die Präsentation Stand Tätigkeit Steuergruppe DigitHAL nach dem TOP 7.3 Bericht zu den Wirkungen des Gesetzesentwurfs zur 18. Änderung des Schulgesetzes Sachsen-Anhalt stattfinden kann.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **Frau Schmidt** zur Abstimmung der Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt.

öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
- 3.1. Fragestellerin zum Außengelände der Grundschule Auenschule
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 07.01.2025
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Erste Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2023/24 bis 2027/28 - berufsbildende Schulen
Vorlage: VIII/2024/00333
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten

- 6.1. Antrag des Stadtrates Dr. Detlef Wend (Fraktion Volt / MitBürger) und der CDU-Fraktion zur Minderung der Segregationsfolgen an halleschen Grundschulen
Vorlage: VIII/2024/00507
- 6.1.1. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag des Stadtrates Dr. Detlef Wend (Fraktion Volt MitBürger) zur Minderung der Segregationsfolgen an halleschen Grundschulen (VIII/2024/00507)
Vorlage: VIII/2025/00722 **zurückgezogen**
- 6.1.1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum
1. Antrag des Stadtrates Dr. Detlef Wend (Fraktion Volt / MitBürger) zur Minderung der Segregationsfolgen an halleschen Grundschulen - VIII/2025/00722
Vorlage: VIII/2025/00811 **zurückgezogen**
- 7. Mitteilungen
- 7.1. Bericht Projektstand Schulbauprogramm
Vorlage: VIII/2025/00780
- 7.2. Präsentation Stand Tätigkeit Steuergruppe DigitHAL
Vorlage: VIII/2025/00791
- 7.3. Bericht zu den Wirkungen des Gesetzesentwurfs zur 18. Änderung des Schulgesetzes Sachsen-Anhalt
Vorlage: VIII/2025/00806
- 8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 8.1. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Gemeinschaftsschule „August Hermann Francke“ – hier: Nachfrage
Vorlage: VIII/2024/00678
- 8.2. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Grundschule "Hans Christian Andersen"
Vorlage: VIII/2024/00679
- 8.3. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Grundschule Kröllwitz
Vorlage: VIII/2024/00680
- 8.4. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Förderschule mit Ausgleichsklassen „Janusz Korczak“
Vorlage: VIII/2025/00757
- 9. Anregungen

nicht öffentlicher Teil

- 10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 04.12.2024
- 11. Beschlussvorlagen
- 12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 13. Mitteilungen
- 14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 15. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

zu 3.1 Fragestellerin zum Außengelände der Grundschule Auenschule

Die Fragestellerin nahm Bezug auf die Grundschule Auenschule. Sie begrüßte die Sanierung der Schule mit den renovierten Räumlichkeiten. Sie wies auf die fehlenden Beschattungsflächen auf dem Schulhof hin. Diese würden im Sommer zu Problemen führen, da die Kinder kaum Möglichkeiten haben, sich abzukühlen. Sie weist darauf hin, dass im

Projektplan 100.000 Euro eingespart werden könnten, und fragte, ob diese Mittel für die Schaffung von Beschattung, wie z.B. Sonnensegel, verwendet werden können.

Frau Schultze teilte mit, dass mit der Fertigstellung der Sporthalle auch die Außenanlagen komplettiert werden. Sie sagte, dass sie die Anfrage aufgenommen hat und intern prüfen wird.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 07.01.2025

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 07.01.2025, sodass diese von den Ausschussmitgliedern bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.1 Erste Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2023/24 bis 2027/28 - berufsbildende Schulen
Vorlage: VIII/2024/00333**

Frau Brederlow brachte die Beschlussvorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Frau Ranft nahm Bezug auf die einjährige Berufsfachschule ohne beruflichen Abschluss Wirtschaft an der BbS „F. List“.

Herr Petzold verwies auf die vorliegenden Ausführungen der Schulleitung, wobei man entnehmen kann, was der Verwaltung vorlag. Er schlug vor, dass bei weitergehenden inhaltlichen Fragen die Verwaltung eine schriftliche Antwort erstellen kann.

Herr Schachtschneider teilte mit, dass bei der einjährigen Berufsfachschule ohne beruflichen Abschluss die Möglichkeit besteht, in einem Jahr den Realschulabschluss nachzuholen.

Frau Ranft fragte, warum es ohne beruflichen Abschluss Wirtschaft heißt.

Herr Schachtschneider antwortete, dass nur der Realschulabschluss erreicht werden kann mit einer Tendenz in eine berufliche Orientierung.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat Frau Schmidt um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner: einstimmig zugestimmt**

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte: einstimmig zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt, die Aufnahme folgender neuer Bildungsgänge in den Schulentwicklungsplan der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2023/24 bis 2027/28 für berufsbildende Schulen:

- Karosserie- und Fahrzeugmechaniker/-in, FR: Caravan und Reisemobiltechnik an der BbS „Gutjahr“ Halle (Saale) und
- Einjährige Berufsfachschule ohne beruflichen Abschluss Wirtschaft an der BbS „F. List“.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag des Stadtrates Dr. Detlef Wend (Fraktion Volt / MitBürger) und der CDU-Fraktion zur Minderung der Segregationsfolgen an halleschen Grundschulen Vorlage: VIII/2024/00507

Frau Ranft übernahm als stellvertretende Ausschussvorsitzende die Sitzungsleitung.

Herr Dr. Wend brachte seinen Antrag ein und begründete diesen.

Frau Schmidt bedankte sich für den Antrag und wies darauf hin, dass bereits umfassende Gespräche mit Stadträten und der Verwaltung geführt wurden. Sie hält es für wichtig, sich nicht nur auf Schuleinzugsgebiete zu fokussieren, weil die geografischen Gegebenheiten in Halle (Saale) sehr komplex sind. **Frau Schmidt** freut sich über die Weiterentwicklung des Antrags und hofft auf eine regelmäßige Diskussion, um erzielte Fortschritte auswerten zu können.

Frau Brederlow verwies auf die Stellungnahme zum damaligen Änderungsantrag, wobei erwähnt wurde, dass dieses Thema seit mehreren Jahren auf der bildungspolitischen Agenda platziert ist und in gesamtstädtischen Maßnahmenkonzepten Beachtung findet. Es wird erwartet, dass das Startchancenprogramm Impulse liefert. **Frau Brederlow** gab zu Bedenken, ob es sinnvoll ist, Kinder mit Problemen beim Aufwachsen durch die Stadt Halle (Saale) zu schicken. Sie betonte, dass das Problem der Bildungschancen nicht nur durch Migration entstanden ist, sondern bereits vorher durch sozioökonomische Faktoren bestand. **Frau Brederlow** teilte mit, dass der Prüfauftrag umgesetzt wird und die Verwaltung regelmäßig über den Fortschritt berichtet.

Herr Scherer ist der Ansicht, dass die Stadt Halle (Saale) gute Arbeit zum Sachverhalt leistet, jedoch sieht er die Aufgabe und die Verantwortung für mehr Bildungsgerechtigkeit beim Land Sachsen-Anhalt. Er sagte, dass es gute Ansätze in verschiedenen Bundesländern gibt, wie z.B. die Bereitstellung von zusätzlichem Personal in Klassen, um die Lehrkräfte zu unterstützen.

Herr Lange betonte, dass es hohe Herausforderungen in der Schulorganisation, insbesondere in Stadtteilen mit erhöhtem Bedarf an Schulsozialarbeit und Sprachförderung, gibt. Er bemerkte, dass das Land die Notwendigkeit erkennen muss, dahingehende Probleme nicht zu ignorieren. Es sollte nicht dazu kommen, dass ganze Stadtteile abgekoppelt werden. **Herr Lange** sagte, dass ein Antrag, der eine bessere Kommunikation

mit dem Land Sachsen-Anhalt und die Berücksichtigung im Startchancenprogramm fordert, eine gute Richtung ist. Er wies in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit einer flächendeckenden Sprachstandserhebung hin, da viele Schüler, auch deutsche, Sprachschwierigkeiten haben können.

Des Weiteren äußerte er Skepsis gegenüber dem Vorschlag, Schüler in andere Stadtteile zu schicken, um sie dort zu fördern. Dieser Vorgang könnte als unfair empfunden werden. **Herr Lange** betonte, dass die Verbesserung der Schulsituation stark davon abhängt, wie das Land Sachsen-Anhalt die Schulen mit Lehrern, Schulsozialarbeitern und schulbegleitenden Maßnahmen ausstattet.

Herr Lemberg betonte die Wichtigkeit einer umfassenden Diskussion über schulische Segregation. Laut der Stellungnahme der Verwaltung, zeigt die Bildungsforschung auf, dass schulische Segregation primär durch wohnräumliche Trennung entsteht. Er erinnerte an frühere Aussagen über die finanziellen und sozialen Herausforderungen für Familien, die sich keine Umzüge leisten können. **Herr Lemberg** hält es für kritisch, dass Sozialwohnungen vorwiegend in Halle-Neustadt angeboten werden. Die Hallesche Wohnungsgesellschaft sollte dazu bewegt werden, auch in anderen Stadtteilen Sozialwohnungen zu schaffen. Weiterhin machte er auf die finanziellen Belastungen durch verlängerte Schulwege aufmerksam, welche mit schulischen Herausforderungen von Kindern mit Sprachbarrieren verbunden sind. **Herr Lemberg** betonte, dass die Hallesche Wohnungsgesellschaft bei diesem Thema stärker einzubeziehen ist. Er unterstützt die Intention des vorliegenden Antrags.

Herr Heym reflektierte die Herausforderungen im Lehrerberuf und die Veränderungen im Bildungssystem. Er sagte, dass der Aufwand für individuelle Förderung der Schüler gestiegen ist, und äußerte seine Besorgnis darüber, dass Lehrer aufgrund mangelnder Ressourcen nicht mehr in der Lage sind, die bestmögliche Unterstützung zu bieten. **Herr Heym** betonte, dass man realistisch mit den vorhandenen Ressourcen umgehen muss. Er plädierte dafür, weiterhin über die Bildungsressourcen zu diskutieren, um sicherzustellen, dass alle Kinder die bestmögliche Bildung erhalten.

Frau Ranft teilte mit, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Antrag zustimmen wird. Sie nahm Bezug auf den Wortbeitrag von Herrn Lempert und wies darauf hin, dass eine Gesellschafterweisung veranlasst werden kann, weil die Gesellschafter der GWG und der HWG heute vertreten sind.

Frau Brederlow erinnerte an die Beschlussvorlage der Richtlinie zur sozialgerechten Baulandentwicklung, die im November 2024 im Stadtrat knapp abgelehnt wurde. Sie betonte, dass die Verwaltung damit versucht hat, in der Stadt Halle (Saale) sozialverträglichen Wohnungsbau und Sozialwohnungsbau in Gang zu setzen. **Frau Brederlow** sagte, dass dieser Vorgang ein Weg gewesen wäre, um erste Lösungen zum Sachverhalt schaffen zu können.

Herr Schachtschneider sagte, dass er den Antrag unterstützt. Er betonte die Wichtigkeit des Themas, insbesondere in Bezug auf die Herausforderungen, die Lehrer aufgrund einer heterogenen Schülerschaft erleben. **Herr Schachtschneider** kritisierte, dass das Land Sachsen-Anhalt die Lehrer in dieser Situation nicht optimal unterstützt. Es könnten erste Maßnahmen vollzogen werden, wie z.B. die Umsetzung von kleineren Klassen. Zudem spricht er sich dafür aus, Segregation zu vermeiden, indem unterschiedliche Bevölkerungsgruppen besser durchmischt werden. Er hofft auf eine langfristige Lösung, die die Situation in Schulen verbessert, und ist gespannt, wie das Land Sachsen-Anhalt darauf reagiert.

Frau Dr. Burkert sagte, dass die SPD-Fraktion den Antrag begrüßt und ihm zustimmen wird. Sie betonte, dass die aktuelle Geburtenrate sinkt und weniger Kinder in den Kindergärten

betreut werden müssten. Daraus folgend könnte dieses wichtige Personal eine frühzeitige Sprachförderung ermöglichen. **Frau Dr. Burkert** machte darauf aufmerksam, dass die SPD-Fraktion das Thema Soziale Segregation aufgegriffen und eine soziale Erhaltungssatzung vorgeschlagen hat. Sie plädierte für eine ethnische und soziale Durchmischung in Wohngebieten und betonte, dass die Bildungschancen für alle Kinder entscheidend für die Zukunft sind.

Herr Riedel wies darauf hin, dass ganz wenige Schülerinnen und Schüler, z. B. aus Heide-Süd, beziehungsweise überhaupt Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in diesen Klassen lernen. Das stellt enorme Herausforderungen dar, trotz Schulsozialarbeit und pädagogischen Mitarbeitern. Er betonte, dass es an Lehrkräften und Schulsozialarbeit mangelt und dass die Bemühungen zur Einstellung neuer Mitarbeiter nicht ausreichen. **Herr Riedel** bemerkte, dass es unrealistisch sei, schnelle Lösungen vom Land Sachsen-Anhalt zu erwarten, da die benötigten Ressourcen nicht vorhanden sind. Des Weiteren hält er die Vernetzung mit außerschulischen Partnern für sehr wichtig und schlug vor, feste Ansprechpartner für bestimmte Schulbezirke zu etablieren, um die Zusammenarbeit zu verbessern. **Herr Riedel** fragte, ob aktuell mehr Ressourcen in die Schulen mit problematischen Lagen verteilt werden.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass der Bildungsausschuss vor ca. zehn Jahren beschlossen hat, dass Schulen mit einem höheren Migrationsanteil mehr Ressourcen zugewiesen bekommen. In der Diskussion um außerunterrichtliche Angebote gibt es ähnliche Herausforderungen wie bei den Schulen, da diese ebenfalls auf vorhandenes Personal angewiesen sind. Sie sagte, dass viele dieser Angebote durch Kultur, Sport und Jugendhilfe finanziert werden.

Frau Brederlow machte darauf aufmerksam, dass sich der Bildungsbeirat momentan mit diesen Themen beschäftigt. Dabei werden über Möglichkeiten zur besseren Koordination und stadtteilbezogene Ansätze diskutiert.

Herr Dr. Wend bedankte sich für die positiven Rückmeldungen zum Antrag. Er betonte die Dringlichkeit des Themas und wies darauf hin, dass es sich um eine integrative Angelegenheit handelt, die nicht nur Schulen, sondern auch Wohnraum und Vernetzungsmöglichkeiten betrifft. Des Weiteren unterstützt die Idee einer Sprachstandserhebung. Abschließend bedankte er sich für die Unterstützung und hofft auf eine gute Lösung des Sachverhalts.

Herr Heym nahm Bezug auf den Hinweis von Frau Brederlow, dass der Stadtrat die Beschlussvorlage der Richtlinie zur sozialgerechten Baulandentwicklung abgelehnt hat. Er ist der Meinung, dass die Zustimmung zu diesem Antrag das aktuelle Problem nicht lösen würde. In der Diskussion im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses wurde der Sozialanteil der geplanten Wohnungen thematisiert, wobei 20 % für bestimmte Berufsgruppen, wie z.B. Krankenschwestern, vorgesehen waren. Die Kinder der Krankenschwestern sind nach seiner Meinung nach nicht das Thema. **Herr Heym** sieht die Notwendigkeit, dass die Bundesregierung sich diesen Themen, wie Segregation und Migrationsdruck, annehmen muss, um schnellere Lösungen zu finden.

Frau Brederlow betonte, dass aktuell über die Symptome und die Folgen von ganz bestimmten Themen gesprochen wird. Sie sagte, dass entsprechende Wohnungen nur an bestimmten Stellen zur Verfügung stehen. Wenn daran perspektivisch nichts geändert wird, besteht keine Lösung für dieses Problem. Aus diesem Grund gab es einen Vorschlag der Verwaltung, der abgelehnt wurde.

Herr Slowig teilte mit, dass es eine große Herausforderung ist, in einer Klasse mit Schülern aus vielen Nationen zu unterrichten. Die Lehrer und Lehrerinnen haben oft ein schlechtes

Gewissen, weil sie die Kinder und Jugendlichen nicht optimal fördern können. Er hält den Antrag von Detlef Wend für unterstützenswert, betont aber, dass schulische Probleme nicht isoliert betrachtet werden können, da sie eng mit Wohnraum und der Einstellung der Eltern verknüpft sind. Er verweist auf das Beispiel „Am Heiderand“ im Stadtteil Heide-Süd und warnt vor einer möglichen Segregation, wenn sich nur die engagierten Eltern um ihre Kinder kümmern und andere zurückbleiben. **Herr Slowig** sieht die Gefahr einer Zweiklassengesellschaft und erkennt, dass die im Antrag vorgeschlagenen Lösungen visionär, aber schwer umsetzbar sind.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat Frau Ranft um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis

sachkundige

Einwohnerinnen und Einwohner: Änderung	einstimmig	zugestimmt	nach
---	-------------------	-------------------	-------------

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte: Änderung

einstimmig	zugestimmt	nach
-------------------	-------------------	-------------

Beschlussempfehlung

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Handlungsalternativen zur Minderung der Auswirkungen der sozialen und ethnischen Segregation auf die halleschen Grundschulen zu ~~entwickeln und~~ **prüfen und durch einen interkommunalen Vergleich sowie Austausch mit dem Bildungsministerium alternative Lösungen und Handlungsoptionen zu prüfen daraus Handlungsoptionen aufzuzeigen, die in der Stadt Halle (Saale) umsetzbar sind und das Ergebnis dem Stadtrat schnellstmöglich vorzulegen.** Dabei sind neben Möglichkeiten zur strategischen Anpassung der Schulbezirke auch weitere bestehende ~~Handlungsoptionen aufzuzeigen~~ **Handlungsmöglichkeiten zu prüfen.**
 - a. ~~Ziele sollen u.a. eine gleichmäßigere Verteilung von Grundschulern mit unzureichender deutscher Sprachkompetenz und von Kindern unterschiedlicher sozioökonomischer Herkunft auf die Grundschulen im Stadtgebiet sein.~~ **Ziel sind gerechtere Bildungschancen für Kinder unterschiedlicher sozioökonomischer Herkunft und mit geringerer deutscher Sprachkompetenz durch mehr Kontakte mit Muttersprachlern, dies unter anderem durch eine gleichmäßigere Verteilung derer mit Unterstützungsbedarf.**
 - b. Hinsichtlich möglicher Anpassungen der Schulbezirke **bei zu hoher Zahl an Kindern mit geringer deutscher Sprachkompetenz oder über individuelle Anträge der Eltern, beispielsweise bei einer hohen Quote zur Sprachförderung an Grundschulen,** sollen auch Alternativen geprüft werden, die zu einer vertretbaren Überschreitung einer Schulweglänge von 2.000 m führen würden bzw. führen könnten.
 - c. Für jede Handlungsoption sind die jeweiligen Vor- und Nachteile, zur Umsetzung erforderliche Beschlüsse sowie etwaige Kosten darzustellen **sowie die Anzahl an Kindern je Schule mit Sprachförderbedarf (Deutsch).**

2. Der Bildungsausschuss ist ~~fortlaufend, mindestens jedoch alle zwei Monate~~, **einmal im Quartal** über den Stand der Erarbeitung zu informieren.

zu 7 **Mitteilungen**

zu 7.1 **Bericht Projektstand Schulbauprogramm** **Vorlage: VIII/2025/00780**

Frau Schmidt übernahm wieder als Ausschussvorsitzende die Sitzungsleitung.

Frau Schultze informierte anhand einer Präsentation zum Projektstand Schulbauprogramm.

Die Präsentation ist im Session hinterlegt.

Herr Scherer erkundigte sich nach dem aktuellen Stand zum Ausweichstandort Dölauer Straße. Er fragte er, ob Hausmittel umgewidmet werden können, wenn aktuell Verzögerungen bei Bauprojekten stattfinden. Des Weiteren erkundigte er sich, ob oder wie das Projekt Grundschule Johannesschule umgesetzt wird.

Frau Schultze bezog sich auf die Frage zur Dölauer Straße und teilte mit, dass in Kürze das Angebot vom Land Sachsen-Anhalt für die Veräußerung ihrer Immobilien eintreffen wird. Aus diesem Grund liegt noch nicht das Wegerecht vor. Des Weiteren bemerkte sie, dass generell Haushaltsmittel für das eigentliche Bauprojekt angemeldet und auch vom Landesschulamt und Landesverwaltungsamt bestätigt sind. Zu diesem Sachverhalt würde man von einer Neuveranschlagung sprechen. **Frau Schultze** nahm Bezug auf das Projekt Grundschule Johannesschule und wies darauf hin, dass dieses Projekt in Planung ist, aber die Umsetzung momentan erarbeitet wird.

Herr Lange äußerte Bedenken, dass die Notwendigkeit eines Neubaus für die KGS Hutten von der Art der Schule einer KGS, IGS oder Gesamtschule abhängt. Er ist der Meinung, dass der Bedarf an Raumkapazitäten unabhängig vom Schulkonzept besteht und dass dieser Bedarf auch für Fachkabinetten gilt. Des Weiteren machte er auf die Folie 17 in der Präsentation aufmerksam. Dort ist das Modul „Mötzlicher Straße“ dargestellt, welches an die Gesamtschule Kirchteich versetzt werden soll. Er schlug vor, diesen Sachverhalt in der Folie so darzustellen.

Herr Lange stellte fest, dass in den Ausweichstandort Rigaer Straße die Grundschule Johannesschule ab dem III. Quartal 2027 einziehen soll. Er machte auf den Zustand des Ausweichstandorts aufmerksam und fragte, ob sich bei einer weiteren Nutzung des Standorts, die Sanierung der Südstadt-Grundschule verzögert. Des Weiteren bat er, den angesprochenen Sachverhalt zur Heideschule von Herrn Scherer nochmal näher darzustellen.

Frau Schultze teilte mit, dass die Südstadt-Grundschule von 2028 bis 2030 geplant und von 2030 bis 2032 gebaut wird. Die Schulentwicklungsplanung spielt dabei eine Rolle, da die Hälfte des Schulgebäudes für die Grundschule genutzt wird, während die andere Hälfte möglicherweise für die Erweiterung der IGS-Plätze vorgesehen ist. Des Weiteren teilte sie mit, dass auch die Heideschule ab 2028 im Haushalt eingeplant ist.

Herr Petzold bemerkte, dass die Zukunft der KGS Hutten und der Grundschule Heideschule stark von den Entscheidungen des Stadtrats zur Schulentwicklungsplanung abhängt. Des Weiteren schränken die strengen Vorgaben des Landes Sachsen-Anhalt zur Seppel-VO die Möglichkeiten ein. Er wies darauf hin, dass der Erweiterungsbau an der KGS Hutten nur eine

Schule mit 4,5 Zügen rechtfertigt. Mit dem neuen Schulgesetz wäre die Schule jedoch nicht bestandsfähig, da KGS und IGS fünfzünftig ausgelegt sein sollen. Dies könnte zu einer Situation führen, in der erhebliche Investitionen getätigt werden, ohne dass eine tragfähige Schule entsteht.

Frau Ranft stellte fest, dass der Haushalt des Landes Sachsen-Anhalt bekannt geworden ist und das Schulbauprojekt und die Sanierungsprojekte gestoppt wurden. Sie erkundigte sich, welche Projekte in der Stadt Halle (Saale) davon betroffen sind.

Frau Brederlow teilte mit, dass keine Projekte betroffen sind, weil die Umsetzung dafür noch nicht stattgefunden hat.

Frau Dr. Burkert teilte mit, dass bei einem Besuch der Janusz-Korczak-Förderschule aufgefallen ist, dass auf dem Dach keine Photovoltaikanlage installiert ist. In der Antwort der Verwaltung steht, dass mit der EVH geprüft wird, ob eine PV-Anlage angebracht werden kann. Nach vielen Jahren der Sanierung und der Rückführung dieser Schule erscheint es ihr merkwürdig, dass dies erst jetzt in Betracht gezogen wird. **Frau Dr. Burkert** fragte, ob bei zukünftigen Schulsanierungen Photovoltaikanlagen von Anfang an eingeplant werden. Es ist sinnvoller, diese Photovoltaikanlagen gleich mit den Baumaßnahmen zu integrieren.

Frau Dr. Burkert nahm Bezug zur KGS Hutten. Sie bemerkte, dass die Eltern stark verunsichert sein könnten, wenn die Stadtratsbeschlüsse zum Erweiterungsbau gestoppt würden. Dies führt bereits zu Problemen, da die Schule nicht ausreichend angewählt wird. Es fragen sich Eltern, ob sie ihre Kinder bereits in den Schulchor schicken sollen, wenn die Schule möglicherweise nicht fortgeführt wird. Diese Situation ist ungünstig und trägt nicht dazu bei, dass mehr Eltern ihre Kinder für diese Schule anmelden. Sie erkundigte sich, wann die Eltern Gewissheit bekommen, was aus der Schule wird.

Des Weiteren bat sie, dass man Eröffnungsfeier von Schulen in die Nachmittagsstunden verschiebt. Viele Stadträte können aus beruflichen Gründen keine Eröffnungsfeiern, die in den Morgenstunden stattfinden, besuchen. Sie nannte als Beispiel die Eröffnungsfeier der Grundschule Büschdorf.

Frau Schultze nimmt die Anregung zur Eröffnungsfeiern auf. Sie betonte, dass diese Eröffnungsfeier der Grundschule Büschdorf in erster Linie auch ein Schulfest sein soll. Aus diesem Grund besteht hierbei der zeitliche Faktor.

Frau Brederlow teilte mit, dass im Juni 2025 die Schulentwicklungsplanung beschlossen werden soll. Es werden dazu im Arbeitskreis der Schulentwicklungsplanung mehrere Überlegungen vorgestellt werden. Sie sagte, dass die Bevölkerungsentwicklung zeigen wird, dass es bereits Handlungsbedarf gibt. **Frau Brederlow** wies darauf hin, dass es nicht sinnvoll wäre, jetzt bestimmte Maßnahmen zu forcieren, nur um später festzustellen, dass sie nicht die richtige Entscheidung waren.

Herr Bürger nahm Bezug auf die Anfrage zu Photovoltaikanlagen. Er wies darauf hin, dass die Verwaltung zu diesem Thema nicht federführend ist. Das liegt in der Verantwortung der EVH. Die Verwaltung ist unterstützend tätig, aber die Hauptverantwortung liegt bei der EVH. Herr Bürger wird dieses Thema jedoch nochmals aufgreifen und an die verantwortliche Stelle weitergeben.

Herr Lange stellte fest, dass die Baustatik der Schulen so gemacht ist, dass prinzipiell Photovoltaikanlagen möglich sind. In Halle-Neustadt wurden viele Dachanlagen geprüft. Dabei wurde festgestellt, dass durch baustatische Gegebenheiten keine große Anzahl von Photovoltaikanlagen installiert werden kann. Er fragte, ob dieser Sachverhalt im Vorfeld geprüft wird, wenn Schulen saniert werden.

Frau Schultze sagte, dass beispielsweise beim Neubau in der Schimmelstraße frühzeitig mit der EVH gesprochen und festgestellt wurde, dass etwa die Hälfte des Daches ausreicht, um den Bedarf von Photovoltaikanlagen zu decken. Die eine Hälfte wird bereits von der EVH genutzt, während die andere als Vorhaltefläche für mögliche zukünftige Nachrüstungen bereitsteht. Sie bemerkte, dass bei Neubauten die Aufrüstung von Photovoltaikanlagen in der Statik berücksichtigt wird. Bei Sanierungen oder Reparaturen hingegen wird dies nicht beachtet, da es im laufenden Betrieb zu aufwendig wäre.

Frau Schmidt bedankte sich bei Frau Schultze, Herrn Petzold und Herrn Bürger für ihre Ausführungen.

zu 7.3 Bericht zu den Wirkungen des Gesetzesentwurfs zur 18. Änderung des Schulgesetzes Sachsen-Anhalt Vorlage: VIII/2025/00806

Herr Hiepe informierte über die Auswirkungen des Gesetzesentwurfs zur 18. Änderung des Schulgesetzes Sachsen-Anhalt.

Der Gesetzesentwurf zur 18. Änderung des Schulgesetzes Sachsen-Anhalt ist im Session hinterlegt.

Herr Lange appellierte an die Verantwortlichen und Entscheidungsträger, ihre Verbindungen zum Land Sachsen-Anhalt zu nutzen, um negative Entwicklungen in der Schullandschaft in Halle abzuwenden. Er betonte, dass dieser Vorgang noch nicht beschlossen ist und die regierungstragenden Fraktionen aufgefordert werden, sich aktiv einzubringen. **Herr Lange** wies auf eine Volksinitiative hin, die sich ursprünglich für Dorfschulen eingesetzt hat, nun aber auch die Oberzentren betrifft und Unterstützung benötigt.

Frau Schmidt erkundigte sich, ob es Auswirkungen auf die Zeitkette der Schulentwicklungsplanung hat, wenn das neue Schulgesetz im Juni beschlossen wird.

Frau Brederlow antwortete, dass es überhaupt keine Auswirkungen auf die Zeitkette hat, weil die Verwaltung auf der aktuellen Gesetzeslage plant.

Herr Hiepe fügte hinzu, dass das Schulgesetz im jetzigen Entwurf eine Übergangszeit bis zum 31.07.2027 vorsieht.

Frau Schmidt bedankte sich bei Herrn Hiepe für seine Ausführungen.

zu 7.2 Präsentation Stand Tätigkeit Steuergruppe DigitHAL Vorlage: VIII/2025/00791

Frau Tauchert und **Herr Held** informierten zum Stand der Tätigkeit Steuergruppe DigitHAL.

Die Präsentation ist im Session hinterlegt.

Frau Schmidt beantragte für Herrn Held das Rederecht. In Abstimmung mit den Ausschussmitgliedern wurde für Herrn Held das Rederecht erteilt.

Herr Scherer erwähnte, die hohen Wartungskosten von Leihgeräten und erkundigte sich nach den vertraglichen und praktischen Regelungen für Updates und in welcher Verantwortung diese liegen. Er fragte, ob auch Personen mit Transferleistungen die Geräte nutzen können und ob es möglich ist, diese über entsprechende Ämter zu finanzieren.

Frau Tauchert teilte mit, dass das Pilotprojekt am Christian-Wolf-Gymnasium derzeit von den Lehrkräften und dem digitalen Team betreut wird, die sich um die Leihgeräte, Wartung und den Support kümmern. Zukünftig sollte ein Dienstleister für die Geräte zuständig sein, insbesondere, wenn diese vom Schulträger beschafft wurden. Bei Geräten, die teilweise von Eltern und teilweise kommunal finanziert werden, müssen weitere Aspekte im Rahmen des 1-zu-1 Ausstellungskonzepts berücksichtigt werden.

Frau Brederlow teilte mit, dass es entsprechende Finanzierung über die Jobcenter in der Corona-Zeit gab. Diese Finanzierung gibt es inzwischen nicht mehr.

Frau Schmidt teilte mit, dass sie sich auf die Vorstellung des Konzepts freut. Dahingehend fragte sie, ob dann ein detailliertes, zahlenbasiertes Konzept vorgestellt wird, welches dann auch die Finanzierung und die damit verbundenen Kosten umfasst. Des Weiteren erkundigte sie sich, ob es bei der Umstellung auf digitale Medien Einsparpotenziale gibt, beispielsweise durch den Verzicht auf gedruckte Bücher.

Frau Tauchert antwortete, dass im zukünftigen Konzept die gesamten Kosten über mehrere Jahre sowie Beispielrechnungen aufgeführt werden. Es werden Rechenbeispiele für den Einsatz ab der 8. oder 5. Klasse gegenübergestellt. Aktuell werden Einsparpotenziale hauptsächlich bei den Büchern und möglicherweise bei Taschenrechnern gesehen.

Frau Schmidt bedankte sich bei Frau Tauchert und Herrn Held für ihre Ausführungen.

zu 8 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 8.1 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Gemeinschaftsschule „August Hermann Francke“ – hier: Nachfrage Vorlage: VIII/2024/00678

Frau Dr. Burkert erkundigte sich nach dem aktuellen Status der Basketballkörbe an der Christian-Andersen-Schule. Diese sollten bis Februar angebracht werden. Der gleiche Sachverhalt besteht für die fehlenden Materialien und Geräte des Sportraums der Gemeinschaftsschule „August Hermann Francke. Zudem erkundigte sie nach Möglichkeiten einer Beschattung des Schulhofs der Grundschule Kröllwitz.

Herr Bürger teilte mit, dass es sich hierbei um investive Maßnahmen handelt. Diese Mittel müssen im Haushalt festgelegt werden. Das ist derzeit nicht der Fall. Es besteht die Möglichkeit, über den neu gegründeten Bauhof eine gewisse Eigenregie zu übernehmen, jedoch müssen zunächst die Stellen besetzt werden. Danach kann gemeinsam nach Lösungen gesucht werden. Er wies nochmalig darauf hin, dass z.B. Sonnensegel, klare investive Mittel sind, die aktuell nicht im Haushalt eingeplant sind.

Frau Schultze sagte, dass in der 7 Kalenderwoche die Lieferung der fehlenden Materialien und Geräte des Sportraums der Gemeinschaftsschule „August Hermann Francke erfolgen soll.

zu 8.2 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Grundschule "Hans Christian Andersen"
Vorlage: VIII/2024/00679

Die Antwort der Verwaltung ist im Session hinterlegt.

zu 8.3 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Grundschule Kröllwitz
Vorlage: VIII/2024/00680

Die Antwort der Verwaltung ist im Session hinterlegt.

zu 8.4 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Förderschule mit Ausgleichsklassen „Janusz Korczak“
Vorlage: VIII/2025/00757

Die Antwort der Verwaltung ist im Session hinterlegt.

zu 9 Anregungen

Da es keine Anregungen gab, beendetet die Ausschussvorsitzende, **Frau Schmidt** die öffentliche Sitzung des Bildungsausschusses und bat um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Datum: 13.03.25

Claudia Schmidt
Ausschussvorsitzende

René Lukas
stellv. Protokollführer